

Absender:

**SPD-Fraktion im Rat der Stadt /
Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt / Fraktion DIE LINKE. im
Rat der Stadt**

19-11597
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Konferenz/Workshop zum Thema "Antidiskriminierungsstelle"

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

29.08.2019

Beratungsfolge:

Ausschuss für Integrationsfragen (Entscheidung)

11.09.2019

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, einen Workshop oder eine Konferenz durchzuführen, der bzw. die unter Beteiligung betroffener Gruppen, zu Diskriminierung arbeitender Organisationen und Vereinen sowie der interessierten Öffentlichkeit und des Ausschusses für Integrationsfragen feststellen soll, ob es Bedarf für die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle gibt und wie diese gestaltet sein müsste, um von Diskriminierung Betroffenen bestmöglich helfen zu können. Zudem soll auch das in Braunschweig bestehende Beratungsangebot für Opfer rassistischer Diskriminierung dabei überprüft und in der Diskussion berücksichtigt werden.

Ein darauf basierendes Konzept einer Antidiskriminierungsstelle soll dem Rat im 1. Quartal 2020 vorgelegt werden.

Sachverhalt:

Braunschweig verfügt über eine vielfältige, umfangreiche Beratungslandschaft. Welche Beratungsstelle Opfern von Diskriminierung am besten weiterhelfen kann, ist für Betroffene unserer Ansicht nach nicht einfach ersichtlich. Eine zentrale, sichtbare Stelle würde nach unserer Einschätzung Wege für Betroffene verkürzen, Kontakthürden abbauen, schnelle, zielgerichtete Beratung ermöglichen und somit die Opferberatung verbessern.

Ferner können wir kein Beratungsangebot für Opfer rassistischer Diskriminierung ausmachen. Hier soll geprüft werden, ob diese Einschätzung korrekt ist und wenn ja, wie diesem Missstand Abhilfe geschaffen werden kann.

Anlagen: keine